



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung II Punkt 3 der öffentlichen Sitzung am 10. Dezember 2020

Antrags-Nr. 20-F-05-0068

Integration durch mehr direkte Mitbestimmung - Antrag der FDP-Fraktion vom 17.11.2020 -

Der Bürgerentscheid zur Citybahn lockte mehr Menschen an die Wahlurne als zur Stichwahl des Oberbürgermeisters im Jahr 2019. Dies zeigt, dass lokale, spezifische Themen abseits allgemeiner Wahlen von hohem Interesse für die Menschen in Wiesbaden sind. Von solchen Fragen sind viele Menschen in der Mitbestimmung aber abgeschnitten, da ihnen das allgemeine Wahlrecht nicht zusteht. Nun unterscheiden sind Abstimmungen zu bestimmten Projekte/Themen aber von grundsätzlichen politischen Langzeitprogrammen, so dass es auch unter Berücksichtigung des allgemeinen Wahlrechts angebracht erscheint, auch Menschen bei solchen Abstimmungen teilhaben zu lassen, die nicht allgemein wahlberechtigt sind
Der Ausschuss möge beschließen:

I. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt sich beim hessischen Städte- und Gemeindebund und bei der Landesregierung dafür ein, die HGO im Rahmen des rechtlich möglichen so anzupassen, dass die Abstimmungsberechtigung zu Bürgerentscheiden nach § 8b HGO auf alle Einwohner Wiesbadens ab dem 18. Lebensjahr, die ihren Erstwohnsitz seit mindestens 6 Monaten in Wiesbaden innehaben, ausgeweitet wird.

Beschluss Nr. 0082 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vom 01.12.2020

I. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag wird in folgender Fassung angenommen:

Die Landeshauptstadt Wiesbaden setzt sich beim hessischen Städte- und Gemeindebund und bei der Landesregierung dafür ein, die HGO im Rahmen des rechtlich möglichen so anzupassen, dass die Abstimmungsberechtigung zu Bürgerentscheiden nach § 8b HGO auf alle Einwohner Wiesbadens ab dem 18. Lebensjahr, die ihren Erstwohnsitz seit mindestens 6 Monaten in Wiesbaden innehaben *und einen legalen Aufenthalt innehaben*, ausgeweitet wird.

Beschluss Nr. 0431

Der Antrag wird in Form des Beschlusses Nr. 0082 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik vom 01.12.2020 angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2020
im Auftrag

Dr. Heimlich

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .12.2020
im Auftrag

Dezernat II
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Bock